Freie Demokraten im Hessischen Landtag

BELASTUNG DER GRUNDSCHULLEHRKRÄFTE

23.03.2017

- **Kindeswohl muss im Mittelpunkt und die notwendigen Ressourcen bereit stehen**
- **Inklusion darf in der Regelschule nicht auf Kosten von Schülern und Lehrern mit der Brechstange durchgesetzt werden**
- **Zunehmende bürokratische Belastung muss zurückgeführt werden**

Anlässlich der heutigen Landtagsdebatte zur aktuellen Situation an Hessens Grundschulen erklärte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, Wolfgang GREILICH: „Die Belastung der Grundschullehrkräfte hat insbesondere in den vergangenen drei Jahren durch die wachsende Heterogenität der Schülerinnen und Schüler zugenommen. Diese Situation wurde teilweise durch die verstärkte Förderung der Inklusion aktiv herbeigeführt, zum anderen aber auch durch den Flüchtlingsstrom und die damit verbundene Aufgabe, die Integration von Kindern mit Fluchterfahrungen und Migrationshintergrund zu bewältigen, bedingt. Die Landesregierung verschweigt dabei, dass die Stellenumsteuerung vor zwei Jahren im Grundschulbereich die Situation zusätzlich verschärft hat und den berechtigten Unmut der betroffenen Lehrkräfte steigerte. Dass die Themen wie Inklusion, Ganztagsschulausbau sowie Ausbau von Betreuungsangeboten an Grundschulen von großer Bedeutung sind und angegangen werden müssen, ist unstreitig. Die FDP sagt jedoch auch klar, dass dies nicht auf dem Rücken anderer geschehen kann. Entsprechend halten wir es für einen großen Fehler, dass die Landesregierung aktuell die Inklusion in der Regelschule auf Kosten von Schülern und Lehrern mit der Brechstange durchzusetzen will.“

Weiter erklärte Greilich:

„Auch wir Freien Demokraten stehen hinter dem Gedanken der Inklusion. Aber wir

Abgerufen am 18.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=7276

betonen, dass das Kindeswohl im Mittelpunkt und die benötigten Ressourcen bereitstehen müssen. Die Berichte aus den Grundschulen zeigen, dass mit den derzeitigen Ressourcen die notwendige hohe Qualität, die individuelle Förderung und Differenzierung in den heterogenen Klassen mit den verschiedensten Förderbedarfen und Ansprüchen nicht guten Gewissens verwirklicht werden können. Deshalb müssen wir dem Ressourcenvorbehalt wieder Geltung verschaffen. Wir dürfen nicht weiter zulassen, dass weder Schüler mit besonderem Förderbedarf oder Beeinträchtigungen noch alle anderen Kinder in der Klasse bestmöglich an der Regelschule beschult werden können. Hier ist die Landesregierung gefordert, die Schrauben nicht immer weiter anzuziehen und das Blaue vom Himmel zu versprechen.

Zum jetzigen Zeitpunkt, da das Kind schon in den Brunnen gefallen ist, ist es schwer, schnelle und umfassende Lösungsideen zu präsentieren. Dies gilt gerade auch dann, wenn man wie die Freien Demokraten nicht an Qualität sparen will, um sich nicht an den Kindern und an unserer Zukunft zu versündigen. Aus unserer Sicht müsste nun als erstes die zunehmende bürokratische Belastung, die wesentlich durch die übersteigerten Kontrollbedürfnisse des Kultusministeriums verursacht ist, zurückgeführt werden: Erstens durch weniger Kontrolle und mehr Vertrauen in die verantwortungsvoll handelnden Lehrer und Schulleiter und zweitens - wo das nicht reicht - durch die Übernahme von Verwaltungslasten durch die Verwaltung, beispielsweise durch die Staatlichen Schulämter. Denn viele dieser Aufgaben gehören nicht zu den Aufgaben der Pädagogen, sondern in den Bereich der Verwaltung oder der Sachbearbeitung.“

Kontakt:
Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de

Abgerufen am 18.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=7276